

**Niedersächsischer Landtag –  
16. Wahlperiode - 122. Plenarsitzung am 7. Dezember 2011**

**Haushaltsrede von Uwe Schwarz MdL zum Bereich: „Soziales, Frauen, Familie,  
Gesundheit und Integration“**

**Uwe Schwarz (SPD):**

Was willst du mir damit sagen, Norbert?

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorab meinen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums für die gute Vorbereitung und die zügige Nachlieferung der erbetenen Unterlagen! Das sind wir alljährlich gewöhnt. Deshalb auch in diesem Jahr herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der FDP)

Bei der Einbringung des Haushaltes sagte Frau Ministerin Özkan: Wir sorgen weiter für ein soziales Niedersachsen. - Ich frage mich, meine Damen und Herren: Wo? - Die Realität sieht jedenfalls gänzlich anders aus. Der Sozialhaushalt umfasst 15 % des Gesamthaushaltes. Würden in dieser Größenordnung Kürzungen über die globale Minderausgabe vorgenommen, wären das ca. 15 Millionen Euro pro Jahr. Tatsächlich werden allein über die globale Minderausgabe im kommenden Jahr 30 Millionen und im übernächsten Jahr 40 Millionen Euro im Sozialetat gekürzt. Auf diese Weise haben Sie dem Sozialhaushalt seit 2004 fast 300 Millionen Euro entzogen. Bei dieser Landesregierung muss immer zuerst die Sozialpolitik bluten, damit Sie Ihre Klientel bedienen können!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dennoch hat dieser Doppelhaushalt eine Deckungslücke von mehr als 1 Milliarde Euro. Spätestens wenn der Staatsgerichtshof den Haushalt für verfassungswidrig erklärt, ist dieser Spuk zu Ende. Dann hat Ihr Haushalt nur noch Altpapierwert.

Niedersachsen braucht dringend einen grundlegenden und nachhaltigen Perspektivwechsel in der Sozialpolitik. Stattdessen jedoch wird die Bugwelle unerledigter Themen im Sozialministerium immer gigantischer. Seit sechs Jahren bekommen Sie trotz wiederholter Ankündigungen noch nicht einmal so ein lächerliches Detail wie die Pflicht zum Einbau von Rauchmeldern in Wohnungen geregelt. Ein Konzept in der Kinder- und Jugendpsychiatrie fehlt seit Jahren.

40 000 Krebsneuerkrankungen haben wir jährlich. In manchen Regionen Niedersachsens gibt es eine auffällige Häufung von Krebserkrankungen. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt hat der Landtag die Ministerin einmütig aufgefordert, ein Gesetz vorzulegen, auf dessen Grundlage Ursachen schneller erkannt werden können. Seit nunmehr anderthalb Jahren vertröstet uns Frau Özkan jedoch mit immer neuen Ankündigungen.

Frau Özkan, wo ist in der Familienpolitik Ihre vor anderthalb Jahren angekündigte Bündelung der Beratungsangebote?

Zwölf Monate lang haben Sie es nicht geschafft, eine Kinderschutzbeauftragte zu berufen, auch wenn von der CDU dafür im Haushalt der gewaltige Jahresetat von immerhin 5 000 Euro vorgesehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt - so darf man den Medien entnehmen - hat Ihr Kabinett den Vorschlag völlig von der Platte gefegt. Ich frage mich: Was ist das eigentlich für ein ungeheurer Umgang mit dem Haushaltsgesetzgeber und im Übrigen auch mit den eigenen Landtagsfraktionen?

Ihre ungeliebte Integrationsbeauftragte sind Sie dagegen erstaunlich schnell losgeworden, sogar ohne Kabinettsbeschluss. Handlungsorientierte und entschlossene Sozialpolitik, Frau Özkan, sieht nach meiner festen Überzeugung gänzlich anders aus als das, was Sie praktizieren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Laut Ihrer Antrittsrede sollte Familien- und Generationenpolitik einer Ihrer Schwerpunkte sein, Frau Özkan. Wie sieht die Realität aus?

(Roland Riese [FDP]: Das steht im Haushalt!)

Abschaffung des Landesjugendamtes, Umwandlung des Landesjugendhilfeausschusses in einen kompetenzlosen Beirat, bei Hinweisen über große Mängel bis hin zu Missbrauchsvorwürfen bei Jugendmaßnahmen im Ausland erklären Sie sich für unzuständig, Fehlentscheidungen beim geschlossenen Kinderheim Lohne.

Sie loben die Erziehungslotsen, bezahlen dürfen sie die Kommunen. Die Städte und Landkreise brechen personell und finanziell unter der Last der Jugendhilfe zusammen. Das Land als oberste Jugendbehörde hingegen erklärt sich überall für unzuständig.

Frau Özkan, Ihre Jugendpolitik ist mit Sicherheit kein Schwerpunkt - er ist eine einzige Bankrotterklärung dieser Landesregierung! Das ist die Realität.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Kinderarmut lag bei Ihrer Regierungsübernahme 2003 bei 13,6 %. Das war viel zu hoch. Aktuell liegt sie allerdings laut Statistischem Landesamt bei 19,4 %. Das heißt, jedes fünfte Kind unter 18 Jahren lebt in Niedersachsen zwischenzeitlich in Armut. Und Ihre Antwort, Frau Sozialministerin? - Schrittweise Kürzung der Landesmittel für die niedersächsischen Jugendwerkstätten! Von 2012 bis 2014 wird die Förderung von Jugendwerkstätten und damit die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit um rund ein Drittel von 15,2 Millionen Euro auf 10,2 Millionen Euro in der Mipla abgesenkt. Das erfolgreiche NiKo-Projekt der Jugendsozialarbeit für benachteiligte Jugendliche in sozialen Brennpunkten wird zum Jahresende ersatzlos eingestellt. Armut hat in Niedersachsen zunehmend ein Kindergesicht. Dies wollen und werden wir nicht akzeptieren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

In einer Pressemitteilung von Ihnen - sie ist relativ jung; deshalb werden Sie sich vielleicht darin erinnern können - schreiben Sie: „Nicht alle Kinder stehen auf der Sonnenseite des Lebens.“ Das stimmt. Aber die Politik dieser Landesregierung sorgt dafür, dass diese Kinder niemals dorthin kommen werden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Noch schlimmer ist meines Erachtens allerdings der Umgang mit Menschen mit Behinderung. Wir stellen seit Jahren einen stark steigenden Bedarf an Ausbildungs- und Förderangeboten, differenzierten Wohnangeboten und zusätzlichen Werkstattpätzen und Beschäftigungsangeboten fest. Anstatt die Probleme entschieden anzupacken, ist die Behindertenhilfe seit Jahren vordringliches Objekt der

finanziellen Begierde des Herrn Finanzministers. Von 2003 bis 2007 und erneut 2011 wurden den Einrichtungen der Behindertenhilfe die Übernahme der jährlichen Tarif- und Sachkostensteigerungen verweigert. Das macht in der Größenordnung die gigantische Kürzungssumme von 86 Millionen Euro für die niedersächsischen Behinderteneinrichtungen aus.

Diese Ihre Politik hat nachweislich zu Stellenstreichungen, Sachkostenreduzierungen und Flucht aus Tarifverträgen geführt - alles auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und insbesondere der betroffenen Menschen!

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon erstaunlich, wenn sich diese Regierung jetzt damit rühmt, 2012 den Einrichtungen wieder einmal die ihnen rechtlich zustehenden Tarifsteigerungen ausnahmsweise zu überlassen. Solche Aussagen sind bei dieser Vorgeschichte nur noch dreist und zynisch.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die längst überfällige Überarbeitung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes wird mit Hochdruck verzögert. Eine Verabschiedung in dieser Legislaturperiode ist nahezu unmöglich. Ein Landesaktionsplan zur Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nach der UN-Konvention wird ständig mit immer neuen fadenscheinigen Argumenten verschoben: Mal ist der Bund schuld, mal ist die Vorlage gerade in Arbeit, mal ist sie in Ressortabstimmung. Fertig werden Sie seit zwölf Monaten nicht.

Die Wahrheit ist ganz einfach: Inklusion ist ein langfristiger Prozess in allen gesellschaftlichen Bereichen. Er kostet vor allem viel Geld. Wenn die Ministerin am 16. November 2011, also vor wenigen Tagen, in der Presse erklärt - ich zitiere - „Wir brauchen Barrierefreiheit“ - diese Meinung teile ich übrigens - und die Fraktionen der CDU und der FDP dann 40 000 Euro in den Haushalt mit der Begründung einstellen - ich zitiere -, „Die Theaterpädagogik ist ein guter Baustein, um die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen“, dann muss das bei den fast 1 Million Menschen mit Behinderung in Niedersachsen zu Recht als Verhöhnung ihrer Rechtsansprüche angesehen werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Ein kleiner Baustein!)

- Wollten Sie mir eine Zwischenfrage stellen?

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Nein, ich mache nur einen Zwischenruf!)

- Dann können Sie auch ruhig sein. Ansonsten können Sie mir gerne eine Zwischenfrage stellen. Ich beantworte sie Ihnen.

Frau Özkan ist zu Beginn ihrer Amtszeit schwungvoll gestartet, vor allem mit den Themen, die außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs lagen: erst mit der Debatte über Kruzifixe in Klassenzimmern, dann mit dem Vorschlag einer Mediencharta, die als Einschränkung der Pressefreiheit begriffen wurde.

(Norbert Böhlke [CDU]: Mal den Blick nach vorne, Herr Kollege!)

Ihre Durchsetzungsmöglichkeit scheint seither in der Landesregierung auf dem Nullpunkt zu sein. Das gilt übrigens auch für die eigene Domäne des Integrationsbereichs. Gerade heute Morgen hat der Innenminister wieder von sich selbst als Integrationsminister gesprochen. So benimmt er sich auch. Er schiebt die

Menschen ab - Sie schweigen. Ich finde, das ist eine wirklich beschämende Rollenverteilung in dieser Regierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ausführungen zum Thema „Krankenhäuser“ will ich Ihnen heute weitgehend ersparen. Wir werden im Januar noch ausreichend Gelegenheit haben, darüber zu sprechen, wenn nach acht Jahren endlich ein neues Krankenhausgesetz verabschiedet wird. Die Aussagen des Landesrechnungshofes zu Ihrer Krankenhauspolitik sind dabei an Deutlichkeit schon heute kaum zu überbieten, insbesondere was die fehlenden Bedarfskriterien bei immerhin 1 Milliarde Euro Investitionsstau betrifft.

(Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

- Wissen Sie, Herr Rolfes, Ihre Zwischenrufe haben noch nicht einmal phonetischen Wert.

(Beifall bei der SPD - Heinz Rolfes [CDU]: Unverschämtheit!)

- Offensichtlich habe ich bei Ihnen mal wieder die richtige Stelle getroffen. Kümmern Sie sich doch einmal um den Haushalt und sehen Sie zu, dass da ein bisschen Geld reinkommt, anstatt es immer nur rauszuziehen!

Zur Frauenpolitik, meine Damen und Herren, ist ebenfalls nicht viel zu sagen. Faktisch findet sie in diesem Land nicht mehr statt.

(Beifall bei der SPD - Petra Tiemann [SPD]: So ist es! So ist es!)

Frau von der Leyen schaffte die hauptamtlichen Frauenbeauftragten weitgehend ab, reduzierte das Gleichstellungsgesetz auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und beglückte fortan mit ihrer wöchentlichen Lebensberatung in der *Bild*-Zeitung, bevor sie nach Berlin entrückte. Sie, Frau Özkan, bekämpfen als Frauenministerin Mindestlöhne, obwohl der Anteil von Frauen im Teilzeit- und Niedriglohnsektor überdurchschnittlich hoch ist. Altersarmut wird durch diese Politik für ganze Frauengenerationen vorprogrammiert.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, keinerlei Aktivitäten sind für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit von Frauen und Männern zu erkennen. Noch heute verdienen Frauen in Niedersachsen rund 25 % weniger als Männer - ein völlig inakzeptabler Zustand.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Es gibt keinerlei Unterstützung bei der Forderung der Bundesarbeitsministerin nach einem Anteil von mindestens 30 % Frauen in Führungsämtern. Alle Anträge der Opposition wurden hier abgelehnt. Dafür gibt es aber Unterstützung bei der geplanten Einführung des Betreuungsgeldes durch die Bundesregierung. Gerade vielen Kindern im bildungsfernen Bereich wird dadurch jede Chancengerechtigkeit genommen. Der Rückfall von CDU/CSU in das Frauen- und Familienbild der 50er-Jahre kann auch nicht durch lediglich zwei Ministerinnen im Landeskabinett wettgemacht werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die größte Herausforderung und das gleichzeitig größte sozialpolitische Desaster von Frau Özkan erleben wir allerdings in der Pflege. Unter dieser Landesregierung ist Niedersachsen nun seit Jahren bundesweites Schlusslicht in der Altenpflege. An allen Ecken brennt es lichterloh. Auszubildende müssen

Schulgeld mitbringen. Eine Umlagefinanzierung lehnt diese Landesregierung aus ideologischen Gründen ab. Tariffucht und ruinöser Preiskampf auf dem Rücken der Mitarbeiter - Sie hingegen bekämpfen die Einführung von Mindestlöhnen in der Pflege. Bei der Anpassung der niedersächsischen Pflegevergütungen an das Durchschnittsniveau der anderen Bundesländer erklären Sie sich, wie so häufig, für unzuständig.

Und wo, bitte schön, bleibt die von Ihnen zugesicherte Fachkräftequote? - Auf Drängen der SPD bequemten Sie sich zu Verhandlungen mit den Pflegepartnern. Nach sieben Monaten wurde ein sogenanntes Pflegepaket vorgelegt, das kein einziges Problem löst. Stattdessen erteilen Sie sich selbst Prüfaufträge, und ansonsten sind immer die anderen zuständig.

Meine Damen und Herren, schon heute fehlen in Niedersachsen 3 000 Pflegekräfte. Ende des Jahrzehnts werden es 30 000 sein. Diese Regierung heizt den Pflegenotstand in unserem Land mit dieser Politik auch noch an. Das ist absolut verantwortungslos und meiner Meinung nach zugleich skandalös, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Schlimmer noch: Seit Beginn Ihrer Regierungszeit wird immer rücksichtsloser bei den Pflegebedürftigen gekürzt. 2005: komplette Streichung der Landesmittel für die stationäre Pflege - 12 000 Menschen rutschten in die Sozialhilfe. 2009: 20 % Kürzung in der ambulanten Pflege. 2011: Mit fadenscheinigen Argumenten wird die Kurzzeit- und Verhinderungspflege um 6 Millionen Euro gekürzt. Bestraft werden Menschen, die aufopferungsvoll ihre Angehörigen zu Hause pflegen und selber mal eine Auszeit bräuchten. Dank Frau Özkan müssen sie zukünftig je nach Pflegestufe einen Eigenanteil zwischen 1 300 und 2 200 Euro für die Kurzzeitpflege aufbringen. Meine Damen und Herren, die CDU sollte sich einmal fragen, was dieses Verhalten mit dem „C“ in ihrem Namen noch zu tun hat. Mit christlicher Nächstenliebe hat diese Abzocke jedenfalls nichts zu tun, und zwar gar nichts!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zum Einjährigen von Frau Özkan schrieben die Zeitungen - ich zitiere -: Der exotische Glanz ist verblasst. - Anstatt sich endlich um die großen Probleme der niedersächsischen Sozialpolitik zu kümmern, fetzt sie sich nunmehr seit Monaten unermüdlich mit ihrem ehemaligen Fahrer vor dem Arbeitsgericht. Der arme Kerl wurde kurzerhand versetzt, weil er bei 330 Arbeitsstunden im Monat die Überstunden bezahlt haben wollte.

(Norbert Böhlke [CDU]: Was hat das denn mit dem Haushalt zu tun?)

- Das hat etwas mit dem Verhalten dieser Ministerin zu tun, die sich um ihre Aufgaben kümmern soll, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD)

Da wird als Begründung vorgetragen: Vertrauensverhältnis kaputt, Schlichtung abgelehnt. - Nachdem Sie nun vor dem Arbeitsgericht verloren haben, erwägen Sie, auch noch in die Berufung zu gehen. Ich frage mich allen Ernstes: Haben Sie als Ministerin nicht wirklich eine andere Aufgabe, als auf einem der kleinsten Räder in der Ministerialbürokratie rumzuhacken? - Ich finde in der Tat: Für eine Sozialministerin ist das meiner Meinung nach unwürdig, unerträglich und an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten, meine Damen und Herren!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nachhaltige Sozialpolitik als Garant des sozialen Friedens ist das, was die Menschen in Niedersachsen dringend brauchen. Wir werden dafür arbeiten, dass dieses nach der Landtagswahl am 20. Januar 2013 Wirklichkeit wird. Es ist dringend notwendig.

(Zurufe von der CDU)

- Sie haben das gar nicht mehr nötig. Sie sitzen da noch ein Jahr, und dann ist es gut. Dann kann ich sagen: Gott sei Dank, dass hier dann wieder vernünftige Politik gemacht wird, meine Damen und Herren!

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)